

# »Wald in Deutschland akut bedroht«

## 16. »Bundeskongress Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse« traf sich in Wernigerode

Vom 13. bis 15. November fand in Wernigerode der 16. »Bundeskongress für Führungskräfte Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse\* statt, zu dem 120 Vertreter des Kleinprivatwaldes aus ganz Deutschland zusammenkamen. Sie trafen sich in der Stadt am Harz, um die aktuell katastrophale Lage sowie künftige Herausforderungen zu diskutieren.

Josef Ziegler, Vorsitzender des Ausschusses für überbetriebliche Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW), erklärte: »Das Katastrophenjahr 2018 hat mit seinen Wetterextremen schwere Schäden in unseren Wäldern angerichtet. Gerade im Kleinprivatwald brauchen wir eine langfristige Unterstützung, um unsere Wälder gegenüber künftigen Wetterextremen zu stabilisieren und zu erhalten. Der Wald hat viele ökologische Funktionen, er ist aber auch breit gestreutes Eigentum und

\* Derzeit gibt es rund 3.500 forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, Selbsthilfeeinheiten des nicht staatlichen Waldbesitzes, mit rund 430.000 Mitgliedern, die zusammen gut 3,5 Mio. ha Wald besitzen.

häufig Teil der Absicherung im Alter. Die abgestorbenen Wälder hinterlassen eine Vielzahl unterschiedlicher Schäden für die gesamte Gesellschaft. Und weiter: »Hunderttausende Kleinprivatwaldbesitzer sind jetzt überfordert und fühlen sich mit den Folgen des Klimawandels allein gelassen. Sie brauchen dringend Unterstützung, damit sie die Wälder für die Gesellschaft sichern können.«

Peter Lohner, Referatsleiter »Nationale Waldpolitik, Jagd« im Bundeslandwirtschaftsministerium, AGDW-Vizepräsident Norbert Leben, Josef Ziegler und der Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates, Georg Schirmbeck, analysierten auf dem Bundeskongress die aktuelle Situation und skizzierten entsprechende Maßnahmen. Die Folgen des Klimawandels, die Gefahren durch den Schädlingsbefall, die richtigen Maßnahmen für die Unterstützung und Professionalisierung des Kleinprivatwaldes, die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs waren dabei die Kernthemen. Georg Schirmbeck erinnerte in seiner Rede an die »Berliner Erklärung« (vgl. HZ Nr. 27 vom 6. Juli, S. 618), die der DFWR auf seiner letzten Jahrestagung verabschiedet und die den Kleinprivatwald im Fokus hatte.

»Der Wald in Deutschland ist akut bedroht«, sagte Philipp zu Guttenberg, Präsident der AGDW – Die Waldeigentümer. »Es ist höchste Zeit, dass dies in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die Stabilität unserer Wälder ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.« Dazu hat der Bundeskongress eine Resolution verabschiedet, die einen dringenden Appell an die Politik richtet, den Waldbesitzern Hilfen zur Verfügung zu stellen. Diese Resolution wurde dem Parlamentarischen Staatssekretär des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Michael Stübgen, übergeben. In der Resolution heißt es: »Der deutsche Wald ist akut bedroht. Und damit auch alle Leistungen, die der Wald für die Gesellschaft erbringt. Diese gehen über die wichtige Rohstoffbasis hinaus und schließen auch die Erholungsleistungen, die Schutzfunktion und den Lebensraum Wald ein.

Seit nunmehr zwei Jahren wird das Geschehen in der Forstwirtschaft durch eine nicht enden wollende Reihe von Extremwetterereignissen bestimmt. Seit Sommer dieses Jahres hat sich die Lage durch den zusätzlichen Anfall riesiger Holzmassen infolge von Dürre und Insektenbefall nochmals dramatisch verschärft. Deutschlandweit sind bis dato

20 Mio. Fm Schadholz allein im Privatwald angefallen. In der Summe entstand eine Kahlfäche von 50.000 ha – eine Fläche 250-mal so groß wie der Hambacher Forst. Doch das ist erst der Anfang.« Weiter heißt es: »Vielerorts ist das Schadholz nicht mehr oder nur noch zu Ramschpreisen abzusetzen. Mittlerweile sind über 300.000 Waldbesitzer betroffen. Finanzielle Reserven für eine planmäßige Wiederbewaldung sind aufgebraucht. Vor allem für kleine Familienbetriebe sind die Grenzen der Belastbarkeit deutlich überschritten.« Hinsichtlich der Belastung der Waldbesitzer wird erklärt: »Aber allein für die Wiederbewaldung der Schadflächen wird im Jahr 2019 ein Betrag von 250 Mio. Euro notwendig sein, den die betroffenen Waldbesitzer unmöglich aus eigener Kraft aufbringen können. Die prognostizierten Schäden in den Folgejahren werden nochmals ein Vielfaches dieser Kosten verursachen.« Die Resolution endet mit einem Appell: »Hunderttausende Waldbesitzer sind überfordert und fühlen sich mit den Folgen des Klimawandels allein gelassen. Ohne die Unterstützung der Politik bleibt die Unterhaltung der Wälder unmöglich. Die Entwaldung mit dramatischen Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft.«